

Eigentum und Freiheit sind die Basis der Nachhaltigkeit

Zwei Wahlen, die Bundestagswahl und die Landtagswahl in Bayern, stehen uns bevor. Wie kann Politik in Deutschland verhindern, dass sich immer mehr Menschen abgehängt fühlen und ihr Heil in populistischen Parteien und deren Anführern suchen?

Als Eigentümer und Bewirtschafter unserer Waldflä-

chen kennen wir dieses Gefühl. Seit Jahren und Jahrzehnten werden wir unter Generalverdacht gestellt. Uns wird unterstellt, dass wir nur die wirtschaftliche Seite des Waldes sehen. Unsere Verbundenheit zu unserem Wald und Eigentum, unsere Liebe zur Natur und zum Leben auf dem Land wird ignoriert. Wenn wir von unseren Werten berichten und von unserer nachhaltigen Forstwirtschaft, dann bleiben die Ohren taub.

Immer wieder machen wir die Erfahrung: die Bewirtschaftung von Wald und Natur wird zum Tabu – und auch das Eigentum daran. Hier wird die Kluft zwischen Stadt und Land deutlich. Während der Erwerb, der Besitz und die Bewirtschaftung von städtischem Wohnraum die volle Anerkennung erfährt und als besonders clever gilt, erfahren die Waldeigentümer mit ihren Werten und ihrer Expertise einen ständigen Gegenwind.

So werden bei Fragen rund um den ländlichen Raum nicht wir, sondern Naturschutzverbände und illustre Gestalten als so genannte Experten zu Rate gezogen. Wenn in der politischen Kommunikation ein Wolf, Biber oder Juchtenkäfer eine größere Rolle spielen als die Sorgen der Landbewohner, dann werden viele Wähler empfänglicher für die Töne rechter oder linker Rattenfänger.



Philipp zu Guttenberg

Dabei ist das Cluster Forst und Holz mit einer Wertschöpfung von über 180 Milliarden Euro im Jahr, fast 130.000 Unternehmen und rund 1,1 Millionen Beschäftigten (doppelt so viele wie in der Automobilindustrie) nicht nur ein starker Wirtschaftszweig. Dieses Cluster ist auch ein Pfeiler im ländlichen Raum

mit einer regionalen Wertschöpfungskette, die vom Waldbesitzer über das Säge- und das Heizkraftwerk bis zum Tischler und Holzverarbeiter reicht.

Als Waldeigentümer haben wir darüber hinaus noch etwas Anderes zu bieten: Wir verfügen über ideelle Werte. Unser Nachhaltigkeitsprinzip ruht seit über 300 Jahren auf den drei Säulen Ökonomie, Ökologie und Soziales. Und es basiert auf unseren Familien, auf Eigentum und Freiheit. Weil wir bei unserem Waldbau in langen Zeiträumen denken und unseren Kindern und Enkeln einen stabilen Wald in die Hände geben wollen, denken wir nachhaltig. Gleichzeitig fühlen wir uns unserem Eigentum, unserem eigenen Wald, zutiefst verbunden, weil wir oftmals mit ihm aufgewachsen sind. Dieses Nachhaltigkeitsprinzip funktioniert aber nur, wenn unsere Eigentums- und Freiheitsrechte geschützt und nicht durch Ordnungsrecht außer Kraft gesetzt werden.

Eigentum ist die ökonomische Grundlage individueller Freiheit, die sich in unserer Gesellschaft auch damit rechtfertigt, dass aus der Leistung des Eigentümers Gemeinwohlleistungen erwachsen. Dazu zählt etwa die Pflege von Wald und Natur, der Beitrag zu Klimaschutz und Energieversorgung, die Ermöglichung von Erholung und Freizeit.

Dabei handelt es sich um die Verantwortung gegenüber sich selbst, um die Mitverantwortung gegenüber unseren Nächsten und um die Verantwortung vor Gott. Die Weitergabe von Eigentum als Verantwortungseigentum führt zu Beständigkeit. Dabei steht an zentraler Stelle die Institution der Familie. Eine Institution, die es ermöglicht, Werte weiterzugeben.

Um Nachhaltigkeit zu leben, um Eigentum, Freiheit und Werte bewahren zu können, bedarf es eines stabilen Staates. Einem starken Rechtsstaates, der den rechtlichen Handlungsrahmen über eine Generation hinaus zumindest in Aussicht stellt. Wenn wir z.B. die Forderungen unserer rot-grünen Parteien (nach Vermögens- und Erbschaftssteuer, ideologischen Naturschutz, Bildungs-, Familien und Finanzpolitik) erleben, so stellen wir fest, dass die Motivation für nachhaltiges Handeln, also der gelebte Generationenvertrag, ausgehebelt werden soll: Im ländlichen Raum wären wir bei den Steuerplänen zum Substanzverkauf gezwungen, da unsere Rendite aus dem Wald oder Feld (die Ertragswerte) keine Alternativen zuließen.

Bei all dem geht es nicht darum, dass der Leistungsstarke sich seiner Verantwortung entziehen darf und sich vor einem angemessenen Beitrag zur Finanzierung der Staatsaufgaben oder zum Schutz unserer Natur drücken würde. Der Grundsatz der angemessenen Sozialpflichtigkeit und dass starke Schultern mehr tragen müssen als schwache, steht nicht zur Debatte.

Allerdings droht ein Übermaß an Wirtschaftsbeschränkungen die Eigentümerstruktur zu zerstören und die Leistungsbereitschaft und Motivation des Einzelnen zu kippen. Bislang sind alle Versuche, das individuelle Eigentum durch das Kollektiv zu ersetzen, moralisch, materiell und politisch desaströs gescheitert. Dieses Scheitern hat

deutlich gemacht: Eigentum - geistig wie dinglich - bleibt eine der tragenden Säulen der Nachhaltigkeit und eines freiheitlichen Gemeinwesens. Dort wo Eigentum schwindet, liegen die bürgerlichen Freiheiten in Trümmern.

Wir stehen vor einer richtungsweisenden Wahl. Wenn wir als freie Bürger unsere Mündigkeit erhalten wollen, darf das Grundrecht auf Eigentum nicht zum Grundrecht zweiter Klasse verkommen.

Philipp zu Guttenberg

Präsident der AGDW – Die Waldeigentümer und Vizepräsident des europäischen Waldbesitzerverbandes CEPP

Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder



- **Dr. Florian Herrmann**
Langwieser Rechtsanwälte, München
- **Maria Schnitzenbaumer**
Langwieser Rechtsanwälte, München
- **Günther Krähling**
Dipl.-Kfm. Günther Krähling Vermögensberatung GmbH, Grünwald
- **GlaxoSmithKline GmbH & Co.KG, Dr. Andreas Heigl**, München

Impressum

Herausgeber: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, www.wbu.de, info@wbu.de, Tel: 089-2422860, Fax: 089-291518, **V.i.S.d.P.:** Dr. Johann Schachtner,

Redaktionsschluss: 06.06.17. Für die Inhalte der Leitartikel sind ausschließlich die Autoren verantwortlich.

Produktion/Anzeigen: KOHL MEDIENGRUPPE, www.kohlmediengruppe.de

